Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 189. Donnerstag den 8. Juli 1886. 80. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung,
**die Anmeldung zur Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst betr.**

Auf Grund von §. 91,2 der Ersatzordnung vom 28. September 1875 wird hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen innerhalb des Leipziger Regierungsbezirkes wohnhaften, in der Zeit vom 1. Januar 1867 bis mit 1. August 1869 geborenen jungen Leute, welche ihre wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst in der bevorstehenden **Herbstprüfung** nachweisen wollen, spätestens

**bis zum 1. August dieses Jahres**

**schriftlich** und unter genauer Angabe ihrer Adresse, bei der unterzeichneten Prüfungs-Commission (Roßplatz 11, 1 Tr.) sich anzumelden haben.

In dieser Meldung **ist anzugeben, in welchen 2 fremden** Sprachen der Betreffende **geprüft sein will**, und sind außerdem beizufügen:

a. Militairgeburtsschein;
b. Einwilligungsattest des **Vaters oder Vormundes** mit der Erklärung über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen activen Dienstzeit zu bekleiden, **auszurüsten und zu verpflegen**;
c. Führungsausweis und
d. ein selbstgeschriebener **Lebenslauf**.

Leipzig, den 1. Juli 1886.

**Königl. Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige im Regierungsbezirke Leipzig.**
(gez.) **von Seckendorff, Müller von Berneck,**
B. 32. Geh. Regierungsrath. **Major. Graul.**

### Gewölbe-Vermiethung.

In der **Verkaufshalle Petersteinweg Nr. 17** (Grüne Linde) soll die z. Z. an Herrn Steinbach vermiethete **Abtheilung Nr. 4** nebst einem dazu gehörigen **Comptoir** und einem **Niederlagsraume** im Obergeschoß der gedachten Halle vom **1. Januar 1887** an **Donnerstag, den 12. d. M. Vormittags 11 Uhr** auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, **auf drei Jahre** an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, 2. Juli 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 4028. Dr. Georgi. Krumbiegel.

### Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte **sollen im Stadthause**

**Freitag, den 9. Juli a. c., Vorm. von 9 Uhr an,**

Möbel, Haus- und Küchengeräthe, **Betten** u. dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 6. Juli 1886.

**Das Armenamt.**
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Zufolge erstatteter Anzeige ist **das der Hedwig Gellert aus** Schneeberg unterm 10. Juli 1883 **von der Polizeiverwaltung zu Schneeberg ausgestellte Dienstbuch in hiesiger Stadt verloren** worden.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzugeben.

Leipzig, am 5. Juli 1886.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
II. 4979. **Bretschneider.** B.

Die dem Kaufmann Herrn **Carl Schneider** hier am 4. Januar dss. Js. ertheilte Gewerbelegitimationskarte **Nr. 587** ist laut erstatteter Anzeige abhanden gekommen und wird hiermit für ungiltig erklärt.

Leipzig, den 3. Juli 1886.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
III. 2130. **Bretschneider. Walche.**

### Aufforderung,
**betreffend das Recht der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Weg vorzuschreiben.**

Durch Beschluß des Bundesrathes ist seit Mitte April vor. Js. das frühere Recht der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Transportweg vorzuschreiben, ungeachtet vielseitiger Gegenvorstellungen aus dem Handelsstande, aufgehoben worden; seit dem 1. Februar d. J. ist das Verbot zwar für den Eilgut-Verkehr und für einige besondere Zweige des Verkehrs wieder beseitigt worden, in der Hauptsache aber besteht es noch fort. Die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen hat sich nun in einer ausführlichen Eingabe an den Bundesrath für Wiederherstellung des Rechtes der Absender auf die Wahl des Transportweges für Güterssendungen aller Art verwendet und uns zum Anschluß aufgefordert. Der Vorsteher-Ausschuß ist sachlich einverstanden und empfiehlt den Anschluß unter der Voraussetzung, daß noch neue Thatsachen aus den Erfahrungen des diesseitigen Bezirkes beigebracht werden können, welche das Gesuch zu unterstützen geeignet sind. An die Kaufleute und Fabrikanten unseres Bezirkes richten wir deshalb die Aufforderung, uns ihre Wünsche und Erfahrungen in dieser Hinsicht baldmöglichst und längstens

**bis zum 10. d. M.**

schriftlich mittheilen zu wollen.

Leipzig, den 5. Juli 1886.

**Die Handelskammer.**
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Seyfel, S.

### Bekanntmachung.

In unserem Gesellschaftsregister ist bei der **unter Nr. 66** eingetragenen Firma

**A. Otze & Sohn**

zu **Torgau** zufolge Verfügung vom 29. d. Mts. am nämlichen Tage Folgendes eingetragen worden:

Das Handelsgeschäft ist durch Vertrag auf den Apotheker **Günther Heller** zu Torgau übergegangen, welcher dasselbe unter unveränderter Firma fortsetzt.

Vergleiche Nr. 285 des Firmenregisters.

Ferner ist in unser Firmenregister unter **Nr. 285** die Firma **A. Otze & Sohn** zu Torgau und als deren Inhaber der Apotheker **Günther Heller** zu Torgau zu Folge Verfügung vom 29. d. Mts. am nämlichen Tage eingetragen worden.

Torgau, den 29. Juni 1886.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Brennmaterialien-Lieferung.

Die Brennmaterialien-Lieferung für die Universitäts-Institute für das Jahr 1886/87 ist vergeben. Den geehrten Submittenten besten Dank.

Leipzig, am 7. Juli 1886.

**Universitäts-Rentamt.**
Gebhardt.

**Sonnabend, den 10. Juli, Vormittags 10 Uhr,** soll im Hofe des alten Johannishospitals ein Pferd, Wallach, einspännig gefahren und geritten, meistbietend versteigert werden. Bedingungen werden vorher bekannt gegeben.

**Städtische Oekonomie-Inspection.**

## Nichtamtlicher Theil.

### Eine russische Ueberraschung.

Wie Rußland im Jahre 1870 den Pariser Vertrag in einer seiner wesentlichen Bestimmungen für ungiltig erklärte und dadurch das Schwarze Meer seinen Kriegsschiffen öffnete, so hat es ihm jetzt beliebt, den Artikel 59 des Berliner Friedens vom 13. Juli 1878 aufzuheben, durch welchen Batum an der Südostküste des Schwarzen Meeres für einen Freihafen erklärt wurde. Lord Beaconsfield begnügte sich damals mit diesem Zugeständniß, obwohl er es vorgezogen hätte, wenn Batum an die Türkei zurückerstattet worden wäre. Rußland hat es verstanden, die Vortheile der Lage Batums auszunutzen; der Ort, welcher 1878 nur etwa 6000 Einwohner zählte, hat heute die doppelte Einwohnerzahl und ist der Haupthandelshafen Transkaukasiens geworden. Die Ausfuhr besteht vor Allem in Schiffsbauholz, welches die Wälder der benachbarten Berge in unerschöpflichem Maße liefern. Der Hafen von Batum ist der beste Ankerplatz an der Ostküste des Schwarzen Meeres und durch eine Zweigbahn mit der Linie Poti-Tiflis verbunden. Man beginnt jetzt den Tagesbefehl des Kaisers an die Pontusflotte, welchen er von Sebastopol aus erließ und das Echo desselben in Moskau, die Reden des Stadtoberhauptes und des Metropoliten zu verstehen, Rußland beginnt bereits die Früchte seiner neuen Machtstellung im Schwarzen Meere einzuheimsen. Nicht ohne Grund hatte der Artikel des „Journal de St. Pétersbourg" vom 29. Juni darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse der Konstantinopeler Conferenz nachgerade werthlos geworden seien, sowohl für die, welche sie faßten, als auch für die, um deren Willen sie gefaßt wurden, Rußland sei es müde, als die einzige Macht aufzutreten, welche die Beschlüsse Europas vertheidige. Wenn Bulgarien sich an die Beschlüsse der Mächte nicht gebunden hält und die Türkei damit einverstanden ist sammt den europäischen Großmächten, wie kommt Rußland dazu, sich noch ferner an den Berliner Frieden gebunden zu erachten? So lautet etwa die Frage, welche sich Rußland vorgelegt und nach seiner Weise beantwortet hat.

Daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Haltung, die Rußland in der bulgarischen Frage einnimmt, besteht, und dem Entschluß, die Freihafenstellung Batums aufzuheben, scheint schon der Zeitpunct zu beweisen, welcher für diesen Act gewählt wurde. Kurz zuvor hatte Rußland bei den Großmächten einen gemeinsamen Schritt derselben angeregt als Antwort auf die bulgarische Thronrede, war jedoch überall abschläglich beschieden worden mit Ausnahme von Frankreich, welches sich bereit erklärte, dem Wunsche Rußlands zu entsprechen. Unmittelbar nach diesem diplomatischen Mißerfolge machte Baron v. Staal in London die Mittheilung von der geschehenen Aufhebung der Freihafenstellung Batums.

Es ist selbstverständlich, daß wegen einer so unbedeutenden Verschiebung der Sachlage kein Krieg ausbrechen wird, aber wenn es Rußland heute einfällt, den Artikel 59 des Berliner Friedens außer Kraft zu setzen, so wird es, wenn sich die Mächte das gefallen lassen, keinen Anstand nehmen, dieses Verfahren auch auf andere Theile dieses europäischen Vertrages auszudehnen. Die Sprache, welche Rußland der Türkei gegenüber anstimmt, ist so schroff und gegen allen diplomatischen Brauch, daß man zu dem Zweifel berechtigt ist, ob der als feiner Diplomat bekannte Herr v. Giers diese Form aus eigenem Antriebe gewählt hat. Die türkische Regierung hat zwar Rußlands Forderung Folge geleistet und in Sofia wegen der anstößigen Stellen der bulgarischen Thronrede und der darauf erfolgten entsprechenden Antwort der Sobranje Rückfrage zu halten, aber der Stachel, welchen die russische Rücksichtslosigkeit in das Herz der Türkei gestoßen hat, bleibt darin zurück und erzeugt eine Stimmung, welche himmelweit von der neulich in Livadia zu Tage getretenen verschieden ist.

Der Zündstoff, welcher auf der Balkanhalbinsel angehäuft ist, hat wieder zu einem Ausbruch geführt. Während sich Fürst Nikita von Montenegro in Wien amüsirt, haben die gewaltsam zu Montenegrinern gemachten, bis zum Mai noch türkischen Unterthanen aus drei Dörfern Mojkovac angegriffen und die montenegrinische Grenzregulirung rückgängig zu machen versucht. Der erste Angriff war erfolgreich, aber die Montenegriner kehrten am folgenden Tage zurück und vertrieben die Türken, der eingeschlossene Rest capitulirte und gab die gemachten Gefangenen zurück. Dieser Vorfall, so unbedeutend er an sich ist, zeigt doch, welche Erbitterung unter den Türken herrscht. Vom September bis zum Juni hat die türkische Armee gerüstet an der Grenze gestanden, um die Griechen für ihre Herausforderung zu züchtigen und nach einigen Scharmützeln werden sie eines Tages wieder nach Hause geschickt, weil die Griechen sich endlich entschlossen haben, die Macht der Thatsachen anzuerkennen und ihre Eroberungspläne zu vertagen; denn daß sie weit entfernt sind, sie gänzlich aufzugeben, hat Trikupis wiederholt zu erkennen gegeben. Während der Kriegsbereitschaft hat Montenegro türkisches Gebiet besetzt, und auch das sollte mit Rücksicht auf den mächtigen Freund Montenegros, den Kaiser von Rußland, ruhig hingenommen werden. Deshalb versuchten die türkischen Bewohner des streitigen Gebietes ihre Sache selbst zu führen. Das Beispiel wird vielleicht zur Nachfolge reizen. In Macedonien macht sich gegenwärtig eine Aufregung bemerkbar, welche die türkische Kriegsleitung zwingt, in Adrianopel ein Lager zu errichten. Es gährt und arbeitet an allen Ecken und Enden der Balkanhalbinsel. Niemand ist mit seiner Lage zufrieden, die Türken müssen ihren Groll gegen Störenfriede niederkämpfen und die übrigen Balkanstaaten erspähen begierig jede Gelegenheit, um ihr Gebiet zu vergrößern. Neben der bulgarischen Frage giebt es eine griechische, eine serbische, eine montenegrinische, eine macedonische, eine albanesische Frage; die augenblickliche Ruhe wird von der unruhigen Bevölkerung aller dieser Länder nur als eine kurze Pause betrachtet, nach welcher der Kampf sich erneuern soll.

Die Unhaltbarkeit dieser Verhältnisse springt in die Augen, aber sie würde vollkommener Ruhe weichen, wenn Rußland nicht dafür Sorge trüge, daß jeder kleine Zwist zu einer großen Streitfrage aufgebauscht wird. Die Hauptursache des Staatsstreichs vom 18. September ist die russische Politik in Bulgarien gewesen. Fürst Alexander fühlte sich in seinem eigenen Hause nicht mehr Herr und ergriff eifrig die sich darbietende Gelegenheit, Ostrumelien mit Bulgarien zu vereinigen, um dadurch eine festere Grundlage zur Abweisung des russischen Uebermuths zu gewinnen. Rußlands Machinationen haben es dahin gebracht, daß Bulgarien und die Türkei heute Bundesgenossen sind, und gerade dieses unerwartete Ergebniß der russischen Balkanpolitik hat in Rußland einen Groll erweckt, welcher einen Ausweg sucht. Vorläufig hat Rußland sein Mäthchen an der Türkei durch eine aller diplomatischen Form Hohn sprechende Note in der bulgarischen Angelegenheit und an den widerstrebenden Mächten durch Aufhebung der Freihafenstellung Batums gekühlt. Ob es sich damit vorläufig zufriedengestellt betrachten wird, bleibt abzuwarten. Die nächste Folge beider Schritte ist, daß die Staatsmänner Europas nicht einmal in Ruhe ihre Badecuren gebrauchen können, an ihrer Spitze leidet der russische Minister v. Giers selbst darunter am meisten, denn es war ihm bisher verlagt, die stärkenden Quellen von Franzensbad aufzusuchen, was er, wenn es nach ihm ginge, schon vor Wochen gethan hätte.

### Leipzig, 8. Juli 1886.

* Die **Maßregeln gegen die socialistische Bewegung** stehen fast in der ganzen civilisirten Welt im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung, und ohne Scheu darf man sagen, daß Deutschland auf diesem Gebiete einen großen Triumph erlebt. Die Leitung unserer Reichspolitik darf die Anerkennung für sich fordern, daß sie, nachdem die socialistische Gefahr einmal in ihrem vollen Umfange erkannt war, einen durchaus klaren Standpunct derselben gegenüber eingenommen und ihn mit strenger Folgerichtigkeit festgehalten hat. Dieser Standpunct geht dahin, alles auf den wesentlichen Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung irgend Mögliche zur Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen zu thun, alle darüber hinausgehenden Bestrebungen aber, als mit dem Gemeinwohl unverträglich, insbesondere jede Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung, schonungslos zu unterdrücken. Was ist nicht im Auslande über diesen Standpunct Anfangs gespöttelt und geschmäht worden! Und jetzt sieht sich ein Staat nach dem andern gezwungen, die Bahn Deutschlands zu betreten. An den schwierigeren Theil der Aufgabe freilich, an die positiven Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, haben sich noch die wenigsten herangewagt; um so entschiedener aber wird die Repression jetzt in Ländern gehandhabt, in welchen man der deutschen Bekämpfung der Socialdemokratie gegenüber noch bis vor Kurzem nicht laut genug den Grundsatz des Gehenlassens predigen konnte. Was in Belgien und in den Vereinigten Staaten, ganz besonders aber was in der Schweiz und vor Allem soeben in Italien geschehen ist, enthält für das Vorgehen der deutschen Reichsregierung die glänzendste Rechtfertigung. Mag man über die zweckmäßigste Gestaltung der Socialpolitik hier und da der verschiedenartigsten Ansicht sein, darüber sind zuletzt wohl so ziemlich alle Regierungen einig, daß die heutige socialistische Propaganda ein internationaler Feind ist, der überall mit den ernstesten und wirksamsten Mitteln zurückgewiesen werden muß. Bei dieser Sachlage müssen die Leistungen unserer „deutschfreisinnigen" Presse, die sich in endlosem, von der gewohnheitsmäßigen Mäkelei bis zu acutem Zetergeschrei gesteigertem Tadel über die antisocialistischen Vorkehrungen der Regierungen ergeht, einen eigenthümlichen Eindruck machen. Man könnte sie komisch finden, wenn es nicht empörend wäre, daß man im fortschrittlichen Lager innerlich über die Lahmlegung der Socialdemokratie eigentlich ganz befriedigt ist, während man nach Außen radicale Entrüstung zur Schau trägt, um von den führerlos gewordenen Arbeitermassen möglichst Viele für die eigene Fahne einzufangen. Mögen sich die Herren aber bei diesem Manöver nicht verrechnen! Von verschiedenen Seiten verlautet, daß nicht allein die antisocialistischen Maßregeln der Regierungen im Allgemeinen die Billigung der Bevölkerung haben, sondern auch, daß zahlreiche besonnene Männer, die bisher zur „deutschfreisinnigen" Partei gestanden, sich gerade wegen der Haltung der letzteren in dieser Frage von ihr abwenden.

* Die „Kreuz-Zeitung" sieht in letzter Zeit außerordentlich schwarz; was nicht nach ihrem Herzen ist, das geht auch nach ihrer Meinung gegen das Wohl von Dynastie und Vaterland. Daß in der Frage der Umgestaltung der evangelischen Kirche nach dem Muster der päpstlichen Einheitskirche das preußische Staatsministerium nicht die Meinung der Herren v. Hammerstein und Stöcker theilt, erfüllt die „Kreuz-Zeitung" mit der ernstesten Besorgniß. „Eine Gesammtpolitik, welche eine so unwürdige Behandlung der evangelischen Kirche und ihrer dem Vaterlande und der Dynastie allezeit getreuesten Vertreter zur Voraussetzung hat, noch dazu in demselben Augenblick, wo die katholische Kirche und ihre Würdenträger mit den höchsten Ehren und Schmeicheleien überhäuft werden, wäre eine kurzsichtige Eintagspolitik, welche die dauernden Interessen des preußischen Staates und der Dynastie Hohenzollern ernstlich gefährdet." So klagt die „Kreuz-Zeitung". Der preußische Staat und die Dynastie Hohenzollern sind beide nicht so ängstlich wie die „Kreuz-Zeitung", die es, nebenbei bemerkt, an Schmeicheleien gegenüber der katholischen Kirche und ihren Würdenträgern selber nicht hat fehlen lassen. Noch übler ist die „Kreuz-Zeitung" durch das Scheitern der Berliner Ausstellung gestimmt; sie klagt: „Das Scheitern der nationalen Ausstellung von 1886 hat der von uns mehrfach betonten Auffassung Recht gegeben, daß es ein eigentlich deutsches Nationalbewußtsein noch nicht giebt, sondern im Grunde nur ein vielfach gespaltenes Territorialbewußtsein, von dem es sehr zweifelhaft ist, ob es sich je zu einer höheren Einheit entwickeln wird, wenn die Dinge so fortgehen, wie sie in der letzten Zeit gegangen sind, wo wir eigentlich nichts erlebt haben als Demüthigungen, die durch die Natur der Lage bedingt sein mögen, sich aber bei alledem doch sehr empfindlich fühlbar machen." Ob die Kreuz-Zeitung in letzter Zeit etwas erlebt hat, was sie als Demüthigung empfindet, wissen wir nicht; das deutsche Vaterland hat nicht den mindesten Anlaß, eine solche Empfindung zu haben; es hat in großen, wichtigen Fragen ein sehr starkes Nationalgefühl bethätigt. Unsere Colonialpolitik, unsere Dampferfahrten, der Bau unserer Wasserstraßen können wahrlich als Bethätigungen des Nationalgefühls gelten. Daß die Berliner Geschäftsleute auf die Ausstellung werden verzichten müssen, mag mit Grund von ihnen beklagt werden, aber einen nationalen Charakter hat dieses Unglück nicht.

* Das Abschiedsgesuch des bisherigen Ober-Präsidenten der Provinz Posen, Wirklichen Geh. Rathes v. Günther, ist, nach der „Kreuzzeitung", von Sr. Majestät dem Kaiser bewilligt worden; ebenso soll die Ernennung des Nachfolgers für Herrn v. Günther, des bisherigen Regierungs-Präsidenten von Oppeln, **Grafen von Zedlitz-Trützschler**, bereits vollzogen sein.

* * *

* **Nach einer officiellen Darstellung der Verlustliste des serbischen Heeres** hat im letzten Kriege gegen Bulgarien das Corps von Nisch verloren an Gefallenen 1.76 Proc., an Verwundeten 11.2 Proc., an Vermißten 4.5 Proc.; das Timok-Corps 1.34 Proc. an Gefallenen, 6.21 Proc. an Verwundeten und 1.24 Proc. Vermißte. Im Ganzen fielen: 746 Mann, nämlich 14 Officiere, 63 Unterofficiere, 669 Soldaten; dann 4570 Verwundete, darunter 97 Officiere, 418 Unterofficiere und 4055 Soldaten; schließlich gabs 1641 Vermißte, darunter 5 Officiere, 98 Unterofficiere und 1538 Mann. Nimmt man zu diesen Ziffern ein bischen Mathematik hinzu, so ergiebt sich nach einer einfachen Berechnung, daß das Corps von Nisch 33,110 Mann und das Timok-Corps 12,180 Mann gezählt haben muß. Die ganze serbische Feldarmee hatte also an Combattanten und Nicht-Combattanten nicht mehr als 45,290 Mann, was allerdings nach dem Dafürhalten der Wiener „Presse" viel zu wenig war, um einen solchen Feldzug und mit solchem Operationsplan zu führen.

* **Zur Lage in Belgien** wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Brüssel, 2. Juli, geschrieben: „Einige Ueberraschung hat hier ein Artikel der „Vossischen Zeitung" hervorgerufen, welcher eine Reihe von Mittheilungen über angebliche zwischen den Regierungen von Brüssel und Haag schwebende Verhandlungen wegen Abschlusses einer Defensiv-Allianz zwischen Belgien und den Niederlanden enthielt. Das Berliner Blatt erklärte darin, die belgische Regierung habe als bezüglichen Unterhändler den General Brialmont nach Holland entsendet, der Letztere sei jedoch unverrichteter Dinge zurückgekommen. Zwar hätten die Vorschläge des Generals Brialmont in den militairischen Kreisen von Haag und Amsterdam einen tiefen Eindruck gemacht, allein die belgische Regierung hätte ihre Action überhaupt nur mit geringer Hoffnung auf Erfolg unternommen, da Belgien in Holland jederzeit mit allen seinen auf die Knüpfung festerer Bande hinzielenden Vorschlägen eine kühle Aufnahme gefunden habe. Nach meinen im Brüsseler Ministerium des Auswärtigen eingezogenen Erkundigungen bin ich nun in der Lage, Ihnen folgende authentische Mittheilungen zu machen, welche die Sensationsnachricht des Berliner Blattes einigermaßen richtig stellen. Die einzig wahre Thatsache in dem vorerwähnten Artikel ist die Reise des Generals Brialmont nach Holland. Allein dieselbe war lediglich strategischen Studien gewidmet, indem der berühmte Festungserbauer mehrere niederländische Festungsbauten besichtigte und den holländischen Geniedienst prüfte. Irgend eine politische Mission knüpfte sich an diese Reise so wenig, als an die ähnlichen Reisen des Generals nach Rumänien. Es ist auch durchaus nicht richtig, daß die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten zu irgend welcher Klage Anlaß gegeben haben, und namentlich ist es ein Irrthum, zu behaupten, die königlich niederländische Regierung bereite belgischen Vorschlägen eine kühle Aufnahme. Die Beziehungen zwischen Belgien und Holland haben sich sogar speciell in den letzten Jahren überaus herzlich gestaltet, und die Zusammenkunft der beiden Monarchen kann gewiß als ein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung betrachtet werden. Daß aber die vorgebliche politische Mission des Generals Brialmont den Abschluß einer Defensiv-Allianz zwischen Belgien und den Niederlanden bezwecken soll, diese Behauptung beweist uns eine große Unkenntniß der Verhältnisse. Holland kann zwar nach Belieben Allianzen schließen, aber Belgien ist nach seinem Gründungsvertrag ein absolut neutraler Staat, dessen Neutralität von den Großmächten garantirt wird. Wenn also Belgien angegriffen werden sollte, so hat es vertragsmäßig die Großmächte zu Alliirten und kann diese Allianz nicht durch den Abschluß einer solchen mit Holland oder einem anderen Staate ersetzen. In dem Augenblicke, wo Belgien daran denkt, eine Allianz zu schließen, hat es aufgehört ein neutraler Staat zu sein, ein Ziel, welches hier durchaus nicht angestrebt wird. Der Reise des Generals Brialmont ist auch in Belgien nicht die geringste Bedeutung beigemessen worden, und es ist nur zu verwundern, wie man in Deutschland zu derlei wunderlichen Combinationen gelangen konnte.

* Die „Kreuzzeitung" will von **Beunruhigungen**, welche die **Vorgänge in Frankreich** in den letzten Monaten veranlaßt haben sollten, nichts wissen. Sie widerspricht mit erfreulicher Entschiedenheit der Behauptung französischer Blätter von einer tiefen Verstimmung, welche in Deutschland gegen Frankreich bestehe. Da die Franzosen bisher nur geringe Kenntnisse von Dem hätten, was in Deutschland vor sich gehe, so könnten sie auch nicht wissen, daß man in Deutschland den Thaten des Kriegsministers — darunter ist der bekannte Armeeorganisationsplan zu verstehen — nichts in den Weg legen werde, da durch denselben der halbwegs festgewordene Grund der französischen Armee nur wieder unterwühlt werden könne. Es ist doch einigermaßen überraschend, in einem Blatte, welches sich so gern den Schein der gouvernementalen Informationen, wenigstens auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, giebt, klar und deutlich ausgesprochen zu finden, daß in Deutschland von einer Verstimmung über die französischen Dinge oder von Befürchtungen, welche die Armeeorganisation des Generals Boulanger hervorrufen könnte, gar nicht die Rede ist. Es ist noch gar nicht lange her, daß in angeblich officiösen Auslassungen den Franzosen mit dem Mißtrauen Deutschlands in ihre friedlichen Absichten geradezu gedroht und daß behauptet wurde, falls der Boulanger'sche Plan zur Ausführung gelange, werde Deutschland mit einer weiteren Vermehrung seiner Armee nicht